

Politisch motivierte Gewalt – Die Vielfalt der Ursachen und Gegenstrategien

Prof. Dr. Siegfried Preiser

Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Expertenbeirat Prävention von Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Die Zielgruppen unseres Beitrags sind vielfältig: Rechtsextremisten, Linksextremisten, Linksterroristen, „autonome“ Krawallmacher, fundamentalistisch-religiöse Fanatiker. Bei der letztgenannten Kategorie denken wir vor allem an islamistischen Terrorismus; in anderen Regionen dieser Welt gibt es aber auch christlich oder hinduistisch etikettierten Terror.

Wenn wir nach den Bedingungen für politisch motivierte Gewalt fragen, müssen auf den ersten Blick fünf Faktoren zusammenkommen:

1. Eine ausgeprägte extremistische politische Orientierung
2. eine starke Gewaltbereitschaft und ein gewaltbereites Umfeld
3. Fehlen von Gegenkräften und Impulskontrollen
4. Fehlen von alternativen politischen Handlungsmöglichkeiten
5. Aktuelle Auslöser.

Es gibt allerdings auch Mittäter politischer Gewaltexzesse, die keinerlei ausgeprägtes politisches Bewusstsein haben. Und wir werden sehen, dass zumindest deutsche rechts-extremistische Gewalttäter großenteils nicht primär politisch sondern macht- und gewaltthematisch motiviert sind. Dennoch wird der Schwerpunkt dieses Beitrags im Bereich der explizit politischen Thematik liegen.

Gemeinsam ist den Akteuren politischer Gewalt aller Richtungen, dass wir sie mehrheitlich im Jugendalter und im frühen Erwachsenenalter verorten können – allerdings nur, wenn wir den staatlichen Terror von etablierten Machthabern ausklammern. Die meisten aktuellen Informationen über politisch motivierte Gewalt beziehen sich auf fremdenfeindliche und rechtsextremistische Gewalttaten. Deshalb werde ich hierauf meinen Schwerpunkt legen.

Auf die generellen Erklärungsansätze, Bedingungen, Risiko- und Schutzfaktoren von Gewalt allgemein brauche ich hier nicht einzugehen. Dazu gibt es in der Enquete-Kommission ausreichend Sachverstand. Deshalb habe ich für meinen Beitrag folgende thematische Schwerpunkte gewählt:

1. Jugend und Politik – Politisches Sozialisation als Entwicklungsaufgabe des Jugendalters
2. Bedingungen von Gewaltbereitschaft und Extremismus
3. Stabilität und Veränderung: Ausstiegsszenarien
4. Konsequenzen: Förderung, Prävention und Intervention
5. Anforderungen an erfolgversprechende Programme der Prävention und Intervention - Prüfkriterien

1. Jugend und Politik – Politische Sozialisation als Entwicklungsaufgabe des Jugendalters

Sind politisches Engagement und Extremismus Jugendphänomene? Die Antwort "Ja" erscheint naheliegend, wenn wir den Blick auf die weltweiten Protestbewegungen und Gewaltwellen der letzten Jahrzehnte lenken. "Jugendengagement" und "Jugendprotest" sind Begriffe, die aktive und extreme Positionen direkt mit dem Jugendalter verknüpfen. - Aber waren nicht auch Hitler, Khomeini und Saddam Hussein politische Extremisten? Sind nicht ältere Männer und Frauen als Aktivisten und Sympathisanten bei fanatischen Ausbrüchen fundamentalistischer und nationalistischer Art zu beobachten? Extremistische Meinungsäußerungen wie "kurzen Prozess machen" oder "Ausländer raus" sind auf allen Altersstufen auszumachen! (vgl. Preiser, 2008) - Extremismus ist also offenbar nicht auf das Jugendalter beschränkt. Politikwissenschaftler sprechen sogar davon, dass fremdenfeindliche extremistische Positionen „in der Mitte der Gesellschaft“ angekommen seien. Die gewalttätigen Varianten des Extremismus sind eher dem frühen Erwachsenenalter zuzuordnen. Trotzdem erscheinen Jugendliche besonders anfällig für politische und sonstige Gewalt. Sie sind aber auch empfängsbereit für Politik insgesamt und für konstruktives gesellschaftliches Engagement. Deshalb zunächst einige entwicklungspsychologische Charakteristika des Jugendalters:

1.1 Politische Kompetenzen

Ausgeprägte politische Überzeugungen gehören zu den Sozialisationszielen einer Demokratie und somit zu den Entwicklungsaufgaben von Jugendlichen. Spätestens mit dem Erreichen des Wahlalters wird erwartet oder gefordert, dass junge Erwachsene sich für Politik interessieren, politische Sachverhalte differenziert beurteilen und kompetent politische Ziele verfolgen können. Zwar entwickeln Kinder schon im Grundschulalter einfache und konkrete Vorstellungen über gesellschaftliche Institutionen wie Polizei und Gericht. Sie übernehmen von ihren Eltern affektive Bindungen an Nation, Regierung und Parteien. Sie entwickeln in einer "latenten politischen Sozialisation" grundlegende persönliche und soziale Kompetenzen, die später manifest auf die Politik übertragen werden können. Aber die zentralen Entwicklungsaufgaben der politischen Sozialisation werden erst im Jugendalter bearbeitet (vgl. Fend, 2000). Jetzt werden politische Themen verstärkt beachtet, und dafür gibt es mehrere Gründe:

- Die kognitive Entwicklung ermöglicht abstraktes Denken und fördert dadurch das Verständnis für komplexere politische Prozesse und Systeme.
- Die moralische Entwicklung führt zu einer stärkeren Beachtung gesellschaftlicher Normen und der ihnen zugrunde liegenden Prinzipien.
- Politik ist ein möglicher Bereich der Identitätsentwicklung, vor allem in Gesellschaften mit einem hohen Politisierungsgrad.
- Über die Schule, Jugendgruppen und Verbände, Gleichaltrige und Medien werden Jugendliche mit politischen Themen und Anforderungen konfrontiert.
- Die Strafmündigkeit und das herannahende Wahlalter lenken die Aufmerksamkeit auf das Rechts- und Gesellschaftssystem (nach Preiser, 2008, S. 874).

Daraus ergibt sich eine erhöhte

- Empfänglichkeit für politische Themen.

1.2 Persönliche Charakteristika

Wenn wir neben den Kompetenzen nach persönlichen Merkmalen von Jugendlichen fragen, ergibt sich ein vielschichtiges und vor allem uneinheitliches Bild. Wir finden:

- Rigorosität der Überzeugungen und Prinzipien, aber auch Tendenz zu Unverbindlichkeit, Pluralität, ja fast Gleich-Gültigkeit oder Beliebigkeit
- „Null-Bock-Mentalität“, ein gespieltes Desinteresse, aber auch Begeisterungsfähigkeit und Engagementbereitschaft
- Skepsis gegenüber Institutionen, Parteien und Verbänden, aber unkritisches Einlassen auf Modeströmungen
- Abschottung der eigenen Gefühle nach außen, aber intensive Beschäftigung mit dem eigenen Körper, der Wirkung auf andere und den eigenen Gefühlen
- Ungeduldige Gegenwartsorientierung, aber auch langfristige Lebensperspektive, die Beruf, Familie, Freizeit und manchmal auch Religion und Gesellschaft einschließt
- Loslösung von der Familie und anderen Autoritäten, aber auch Orientierung an der eigenen Familie, insbesondere bei der Berufswahl, aber auch bei sonstigen Lebensentwürfen einschließlich der politischen Orientierungen

Es gibt also „die einen“ und „die anderen“; Jugendliche lassen sich nicht über einen Kamm scheren. Und diese gegensätzlichen Tendenzen gibt es auch innerhalb einer einzelnen Person. Wir finden Jugendliche in einem Spannungsfeld zwischen Sinnsuche, Orientierungslosigkeit und Gewissheiten. Daraus ergibt sich allerdings eine gewisse

- Anfälligkeit für Extremismus und Fundamentalismus.

1.3 Resultate der politischen Sozialisation:

Je nach inneren und äußeren Entwicklungsbedingungen sind die Resultate der politischen Sozialisation sehr unterschiedlich:

- politische Partizipation mit dem Anspruch auf Mitbestimmung und Mitgestaltung
- unreflektierte Übernahme politischer Positionen von den Eltern und Anpassung an gesellschaftliche Vorgaben
- Verbleiben im Desinteresse an Politik
- Politikverdrossenheit als resignativer Rückzug aus der Politik und

- Extremismus als verbal-radikale oder auch gewaltbereite revolutionäre Ablehnung der politischen Verhältnisse

Extremistische Gewaltbereitschaft, aber auch Desinteresse, Rückzug und kritiklose Unterordnung gelten als demokratiefeindlich, während Partizipation angestrebt wird und verbal-radikale Positionen als konstruktive Bereicherung der politischen Diskussion anerkannt werden. Die politisch-psychologische Forschung analysiert individuelle, soziale und gesellschaftliche Bedingungen politischen Handelns. Sie sucht nach Möglichkeiten zur Förderung von politischem Verständnis, Handlungsfähigkeit und Partizipation, zur Überwindung von Politikverdrossenheit und zur Prävention von destruktiver Gewaltbereitschaft (nach Preiser, 2008, S. 874).

2. Bedingungen von Gewaltbereitschaft und Extremismus

2.1 Grundbegriffe und Grundmodell:

Begriffe Extremismus und Radikalismus: Radikalität meint das Vorhandensein extremer Einstellungen und Grundsätze. Dogmatismus bezeichnet die starre Orientierung an - meist einfach strukturierten - Überzeugungssystemen. Radikalität und Dogmatismus schließen jedoch weder die Akzeptanz demokratischer Grundwerte noch die Toleranz für Personen mit anderen Auffassungen aus. Politischer Extremismus zeichnet sich dagegen aus durch Ablehnung des demokratischen Verfassungsstaates und seiner Werte, durch Zurückweisung des Pluralismus, durch einen Alleinvertretungsanspruch für politische Deutungsmuster. Extremismus ist vielfach gekoppelt mit Gewaltbereitschaft mit dem Ziel der unbedingten Durchsetzung eigener Auffassungen (nach Preiser, 2008, S. 875).

Auf der Basis dieser Grundbegriffe können verschiedene Gruppen von Akteuren im rechten Spektrum unterschieden werden:

- Die rechten Gewalttäter, die Akteure im Vordergrund, über die vor allem in den Medien berichtet wird
- Personen mit rechtsextremen Einstellungen, die als Ideologen im Hintergrund agieren. Die rechtsextremen Parteien und Organisationen, wie die DVU, die NPD, die „Jungen Nationaldemokraten (JN)“ usw.
- Personen oder Gruppen mit fremdenfeindlichen Einstellungen ohne ausgeprägte eigene rechtsextreme Gewaltbereitschaft, z.B. die intellektuell differenzierten Ideologen der „Neuen Rechten“ (vgl. Schweer, 2003)
- Menschen mit nationalistischen oder autoritären Haltungen ohne ausgeprägte politische Orientierung.

2.2 Theoretisches Modell: Elemente von Rechtsextremismus

Rechtsextremistische Orientierungsmuster besitzen – nach Heitmeyer u.a. (1992, S. 13) – zwei Grundelemente:

1. Die „Ideologie der Ungleichheit“: Die Überzeugung, Menschen seien von Natur aus ungleichwertig. Diese Überzeugung ist verknüpft mit Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus, Antisemitismus und einer Führer-Gefolgschaftsideologie.
2. „Gewaltakzeptanz“: Überzeugung, Gewalt sei ein legitimes Mittel, um die eigenen politischen Ziele zu erreichen. Wir unterscheiden hier drei Aspekte: Gewaltakzeptanz, Gewaltbereitschaft und das eigentliche Gewalthandeln.

Von rechtsextremen Orientierungen sprechen wir also dann, wenn sich Menschen a) gegenüber anderen sozialen Gruppen und Gemeinschaften abgrenzend und abwertend äußern und b) bereit sind, die kognitiv und emotional vollzogenen Abgrenzungen auch mit Gewalt zu realisieren (vgl. Abbildung 1).

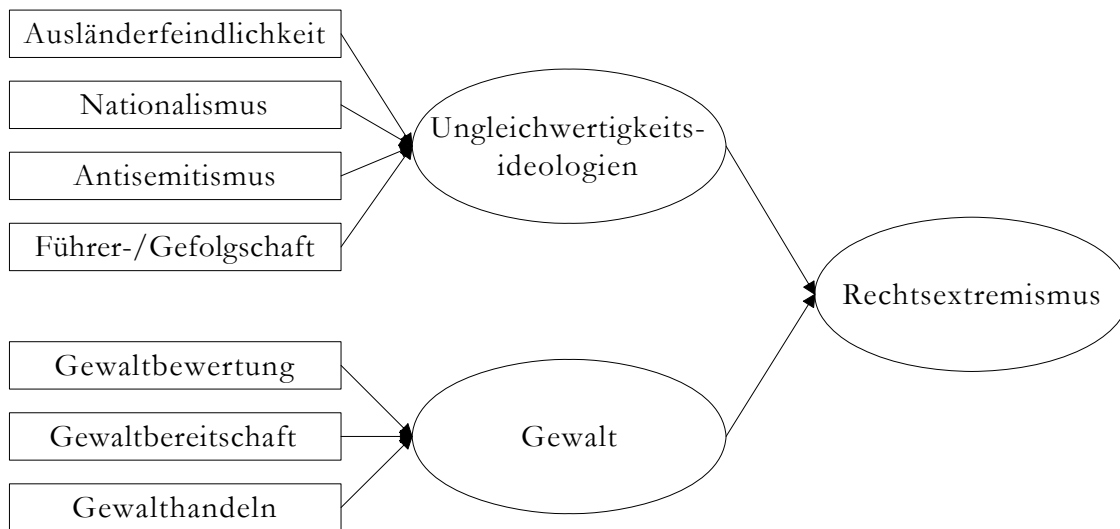


Abbildung 1: Dimensionen des Rechtsextremismus (Modell nach Neumann & Frindte, 2002 a, S. 78)

2.3 Extremismus - Erklärungsansätze:

Extremismus ist ein individuelles Merkmal, zugleich aber auch ein soziales und gesellschaftliches Phänomen. Extremismus kann als zielorientiertes Handeln, als zielloser Aktionismus oder als Prozess lebensgeschichtlicher Entwicklung betrachtet und unter unterschiedlichen Perspektiven analysiert werden (nach Preiser, 2008, S. 878 ff).

Extremismus als individuelles Merkmal: Das weitverbreitete "Ideologie-Modell" postuliert, Rechts- und Linksextreme seien autoritätsorientiert und dogmatisch, neigten zu vorschnellen Schlussfolgerungen, wiesen ein geringes Niveau kognitiver Differenziertheit und begrifflicher Komplexität auf (nach Sidanius & Lau, 1989). Sidanius vertritt als Gegenposition die "Kontext-Hypothese": Es hänge vom Kontext ab, welcher Zusammenhang zwischen Differenziertheit und Radikalität besteht. Extremisten könnten kognitive Komplexität auf dem Gebiet aufweisen, in dem sie eine extreme Position vertreten. Wer nämlich keine klare Haltung habe, werde sich eher auf mittlere Positionen zu-

rückziehen, weil er sich dort sicherer fühle. Innerhalb radikaler Subkulturen ist Extremismus auch ohne kognitive Komplexität möglich. Radikale Mitläufer vertreten möglicherweise gerade deshalb "reine" extreme Positionen, weil sie nicht zu differenzierten Urteilen fähig sind.

Extremismus als soziales und gesellschaftliches Phänomen: Nicht ungünstige Lebensumstände als solche, sondern "relative Deprivationen" begünstigen Extremismus, d.h. wahrgenommene Ungerechtigkeiten in Form von Diskrepanzen der aktuellen Lebensqualität zu den als berechtigt angesehen eigenen Ansprüchen. Nicht politische Skandale allein, sondern innere Widersprüche in der Gesellschaft, beispielsweise zwischen dem konservativen Anspruch auf geistig-moralische Erneuerung und dessen Versickerung in Partei- und Regierungsskandalen. Ein verletztes Gerechtigkeitsempfinden kann sogar - wie bei Michael Kohlhas - die Bereitschaft fördern, mit Gewalt eine ausgleichende Gerechtigkeit herbeiführen zu wollen (Preiser, 1993).

Mit Orientierungs- und Perspektivlosigkeit der gesellschaftlichen und der individuellen Entwicklung in Krisensituationen lässt sich sowohl die Extremismusanfälligkeit von Arbeitslosen, Studien- bzw. Ausbildungsabbrechern und "Opfern" der deutschen Vereinigung erklären als auch die Ausländerfeindlichkeit der so genannten "Modernisierungsgewinner", die ihre im Zuge der deutschen Vereinigung gewonnenen oder erhofften Privilegien gefährdet sehen (vgl. Oesterreich, 1993). Terrorismus wird auch als mögliche Reaktion auf gesellschaftliche Ausgrenzungen gesehen, weil dadurch Lebensperspektiven blockiert und Binnenorientierungen an extremistischen "Bewegungen" verstärkt werden. Die Marginalisierung extremer Gruppen wie "Skinheads" oder "Autonome" in der Öffentlichkeit kann zu einer immer weiter gehenden Abschottung und Extremisierung führen.

Extremismus als zielorientiertes oder zielloses Handeln: Die eigenen Ziele geben die Richtung an, in die sich jemand engagiert. Ohne Ziele gibt es möglicherweise Anpassung, Mitläufertum, Aktionismus, aber kein eigenständiges Handeln. Ob Ziele allerdings in konstruktive oder in gewalttätige Handlungen umgesetzt werden, hängt auch davon ab, ob ein erfolgversprechendes Engagement möglich erscheint. Die Einschätzung von Handlungsmöglichkeiten und Erfolgsaussichten ist ein erfahrungsabhängiger Prozess. Politische Partizipation wird durch ein positives Selbstkonzept begünstigt: Wer glaubt, in der Politik Bescheid zu wissen und etwas bewirken zu können, wird sich mit erhöhter Wahrscheinlichkeit engagieren. Je größer die subjektive Kompetenz und Selbstwirksamkeit der Handelnden und je größer die tatsächlichen Einflussmöglichkeiten, desto unwahrscheinlicher werden destruktive Handlungen zur Zielerreichung.

Extremismus als Entwicklungsphänomen: Ein ausreichendes Verständnis von politischen Strukturen und Prozessen ist eine notwendige Basis für politischen Extremismus - nicht jedoch für unreflektierte Aktionen unter politischem Etikett. Deshalb ist das Jugendalter der früheste, nicht aber der einzige Zeitpunkt für extremistische Entwicklungen.

Extremismus lässt sich auch unter dem Gesichtspunkt einer "Karriere" analysieren, d.h. man fragt nach Vorläufererfahrungen, Verläufen und lebensgeschichtlichen Brüchen. Radikalität und Extremismus können als Aspekte der Identitätsentwicklung aufgefasst

werden. Jugendliche befinden sich im Übergang zwischen verschiedenen Bezugsgruppen und zwischen verschiedenen Interpretations- und Bewertungsmustern. Die verstärkte Möglichkeit autonomen Handelns und Urteilens im Zusammenhang mit der Moral- und Verantwortlichkeitsentwicklung aktiviert menschliche Grundmotive, während gleichzeitig deren Erfüllung gefährdet bleibt: Der verstärkten Suche nach Selbstbestimmung und Einfluss steht die Notwendigkeit gegenüber, sich in Ausbildung, Beruf und Politik unterzuordnen. Die kognitive Entwicklung ermöglicht die eigenständige Sinnsuche (als Aspekt der "Geborgenheitsmotivation", vgl. Preiser, 1990); gleichzeitig werden immer weniger verbindliche Orientierungen angeboten. Vertrautheit und Zugehörigkeit zu Gemeinschaften können Sinndefizite überbrücken. Peer-Gruppen erleichtern deshalb Neuorientierungen außerhalb der Familie. Dies geschieht unter anderem in institutionalisierter Jugendarbeit, aber auch in subkulturellen Modeströmungen wie Punks, Skins und Hooligans, in denen extremistische Bewegungen Fuß fassen können.

Die Gefahr einer unreflektierten extremistischen Politisierung erscheint umso größer, je geringer die subjektiv wahrgenommenen Selbstbestimmungs- und Einflusschancen und je größer die Orientierungs- und Sinndefizite der Jugendlichen sind. Extremistische Gruppierungen können nämlich ihren Mitgliedern über spektakuläre Gewaltaktionen mit einem entsprechenden Medienecho die Illusion von Kontrolle und Einfluss vermitteln. Ein meist sehr einfach gefasstes ideologisches Orientierungsraster beantwortet die Sinnfrage. Das Geborgenheitsdefizit wird durch die Zugehörigkeit zu einer festen Gemeinschaft gemindert - und das umso mehr, je stärker diese Gruppierung durch die übrige Gesellschaft ausgegrenzt wird und deshalb ihren Binnenkontakt intensiviert (nach Preiser, 2008, S. 880).

2.4 Schwerpunkt Sozialisation

Die ungünstigen Sozialisationsbedingungen fremdenfeindlicher Gewalttäter lassen sich durch folgende Daten markieren. Sie stammen aus Interviews mit 91 Gewalttätern aus 10 Bundesländern, die wegen fremdenfeindlicher Gewalt in Gefängnissen saßen – im Kontrast zu 35 unauffälligen Personen einer Kontrollgruppe (Frindte & Neumann, 2002). Ähnliche Ergebnisse werden von Wahl (2001, 2003) berichtet (s. auch Kohlstruck, Krüger & Krüger, 2009; www.berlin.de/lb/lkbgg/bfg/2009/index.html).

Familien- und Cliquesozialisation (nach Neumann & Frindte, 2002 c):

Jeder fünfte Befragte berichtet, dass der Vater die Familie bereits zur Geburt des Kindes verlassen hatte, nur 44 % lebten mit ihrem leiblichen Vater bis zum 14. Lebensjahr zusammen. 30 % der Befragten erzählten, dass sie zu irgendeinem Zeitpunkt in ihrem Leben im Heim gewesen seien.

Im Vergleich zur Kontrollgruppe berichten die fremdenfeindlichen Gewalttäter insgesamt häufiger von Bestrafungen durch ihre Mutter, vor allem durch starke körperliche Gewalt. Mehr als die Hälfte der interviewten Gewalttäter sagten, dass sie schon als Kinder mit physischer Gewalt durch ihre Eltern oder Betreuer konfrontiert wurden. Prügel durch die Eltern wurden von den Tätern fast dreimal so häufig berichtet als in der Kontrollgruppe (30 % für die Mutter und 54 % für den Vater).

Auch andere Studien berichten von ungünstigen Familienbedingungen, autoritären Umgangsformen, Lieblosigkeit und körperlicher Gewalt (nach Rieker, 2009). Die Familiensozialisation ist also die erste Erfahrungsquelle, um zu lernen, dass Gewalt als Instrument zur Lösung alltäglicher Probleme eingesetzt werden kann. Und sie lässt andere Formen der Konfliktregelung vermissen.

Die negative Entwicklung setzt sich in der Schulsozialisation fort. Mehr als 75% hatten lediglich eine Grundschulausbildung. Nur 2% erreichten das Abitur und 38% verließen die Schule ohne jeglichen Abschluss. Ein erzwungener Schulwechsel trat bei 37 % der Fälle auf. In dieser Phase (zwischen 8-12 Jahre) hinterließen die Gewalttäter einen schlechten Eindruck bei ihren Lehrern und Gleichaltrigen, hatten einen geringen Schulerfolg, zeigten jugendliche Delinquenz und erste physische Gewalttaten. Bis auf zwei berichten alle Interviewpartner darüber, während ihrer Schulzeit durch aggressives Verhalten aufgefallen zu sein, wobei sogar über 80 % erhebliche Gewalthandlungen beschrieben haben.

Knapp die Hälfte gab an, damals eher ein Außenseiter in der Schule gewesen zu sein; die andere Hälfte bezeichnet sich als Klassenclown und/oder Rüpel. Sie berichten von Wutanfällen, Kontrollverlust und der Unfähigkeit, Gefühle zu zeigen (nach Rieker, 2009).

Es können zwei Gruppen unterschieden werden: zum einen die Außenseiter, die nur einen niedrigen Status in der Klasse innehaben und zum anderen die Klassenclowns und Rüpels mit einem hohen Status in der Klasse

Die negativen Entwicklungslinien aus Familie und Schule kumulieren nachfolgend und führen zum völligen Abbruch des Bildungsverlaufs und zu gehäufter Inhaftierung, sowohl aufgrund allgemeiner (Gewalt-) Kriminalität als auch fremdenfeindlicher Gewalttaten.

Fast drei Viertel haben keinen Berufsabschluss. 17 % haben nie eine Ausbildung angefangen und 56 % hatten eine oder mehrere Ausbildungen abgebrochen. Die hohe Rate von Ausbildungsabbrüchen ist dabei zum Teil auch auf Inhaftierungen zurückzuführen, die in die Zeit einer Ausbildung fielen. Nur 18 % können eine abgeschlossene Facharbeiterausbildung nachweisen.

Mit 13,5 Jahren fand durchschnittlich der erste Kontakt mit der Polizei statt, mit knapp 16 Jahren hatten die Täter erstmals mit dem Richter zu tun; bis zum vollendeten 17. Lebensjahr verfügten bereits neun von zehn Tätern über Gerichtserfahrung.

Die Cliquensozialisation stellt im Anschluss an die familiäre und die Schulsozialisation die dritte Phase der Entwicklung zum fremdenfeindlichen Gewalttäter dar. Diese Phase wird durch den Anschluss an eine rechte Clique oder Szene eingeläutet. Erst während dieser Cliquensozialisation erfolgt der explizite Kontakt mit rechtsextremen Ideologien, dem sich in relativ kurzer Zeit (im Durchschnitt innerhalb von zwei Jahren) die erste fremdenfeindliche Gewalttat anschließt. Die erste Gewalttat mit fremdenfeindlichen Hintergrund findet in der Regel im Alter von 15 Jahren statt.

Die Cliques liefern soziale und emotionale Unterstützung für die jungen Gewalttäter. Ein großer Teil der Gewalttäter (85 %) sagten im Interview, dass die Clique für sie wichtiger im Leben ist als Vater oder Mutter. In den meisten Fällen wurden auch die

Straftaten in Gruppen organisiert. Diese Gruppen stellten also den Hintergrund für die rechtsextreme ideologische Sozialisation der jungen Gewalttäter dar.

Der starke Einfluss der Clique könnte vor allem damit zusammenhängen, dass die Jugendlichen etwas erfahren, was sie bislang nur eingeschränkt erlebt haben: soziale Unterstützung und dies vor allem im emotionalen Bereich. Die folgende Abbildung 2 illustriert zusammenfassend die zeitlichen Abläufe.

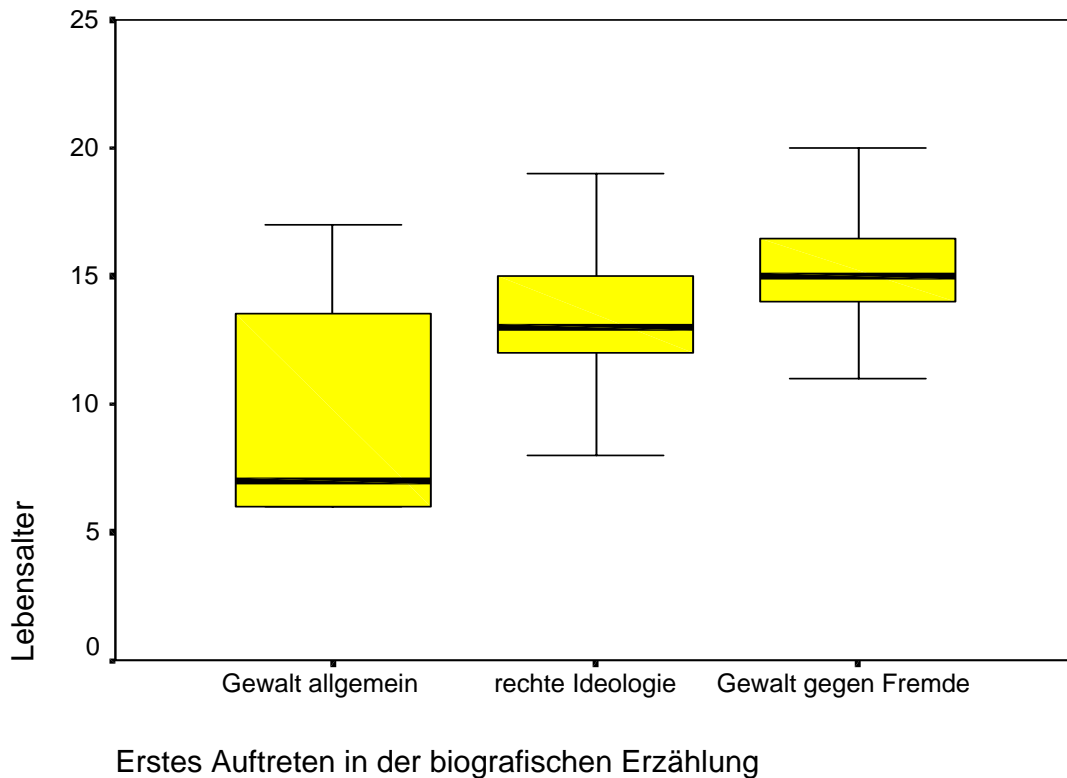


Abbildung 2: Erstes Auftreten von allgemeiner Gewalt, rechtsextremer Ideologie und fremdenfeindlicher Gewalt in der biografischen Erzählung fremdenfeindlicher Gewalttäter (Median und Standardabweichung). $n = 71$, für Ideologie $n = 18$. (Aus Neumann & Frindte, 2002 c, S.139)

Bei den biografischen Verläufen der inhaftierten fremdenfeindlichen Gewalttäter haben wir es in der Mehrzahl primär mit einem frühzeitigen allgemeinen aggressiven Verhalten zu tun, welches sich erst später durch die Ideologisierung in rechten Szenen und Cliquen zu einer spezifischen fremdenfeindlichen Aggression entwickelt.

2.5 Schwerpunkt Situation

Wenn wir nach Einflussfaktoren und Risikofaktoren fragen, dann denken wir an angeborene und erworbene Persönlichkeitsmerkmale, an Sozialisationsbedingungen, die derzeitige gesellschaftliche Lebenssituation, die Peergroup und schließlich die aktuellen und konkreten Auslöser für impulsive Gewalthandlungen oder für gewalttätige Eskalationen. Zu wenig beachtet wird ein Zwischenbereich zwischen dauerhaften Dispositio-

nen und aktueller Situation: die so genannten Settings, die Orte, die dort vorhandenen Personen und deren Interaktionen sowie die offizielle und die praktizierten Nutzungen dieser Orte. Ähnlich wie in der Unfallforschung die Fokusverschiebung vom „Unfälle“ zu den unfallfördernden Settings zu einem verbesserten Verständnis von Unfällen und zur Unfallverhütung beigetragen hat, so könnte auch die Fokusverschiebung von Gewalttättern auf das gewaltfördernde Setting hilfreich sein. Wenn man rechtsextremistische Gewalttaten als Handeln in Situationen und Settings betrachtet, zeigt sich Folgendes (nach Neumann & Frindte, 2002 b):

Die Taten richteten sich vor allem gegen einzelne Personen (drei Viertel), oder gegen Gruppen, die in der Unterzahl waren. In etwas weniger als der Hälfte der Fälle waren die Opfer den Tätern vorher persönlich bekannt. Die Taten fanden mehrheitlich an öffentlichen Plätzen und in den Abend- und Nachtstunden statt.

Häufige Beschäftigungen vor der Tat sind: 1.) sich mit Kumpels oder der Clique treffen (54%) 2.) Alkohol trinken (88%); 3.) ohne besonderes Ziel in der Gegend umherfahren oder umherlaufen (43%). Nahezu alle Täter standen während der Tat unter erheblichen Alkoholeinfluss

Zwei verschiedene Arten von Situationen gehen den Straftaten voraus:

Der erste Ausgangspunkt einer großen Anzahl von geplanten wie spontanen Taten lag in alltäglichen Gruppenaktivitäten: gute (teils aggressive) Stimmung, trinken von Alkohol, Zusammensein mit Freunden und hören von Musik, durch die Gegend laufen oder fahren. Auf einen kurzen gemeinsamen Nenner gebracht: getroffen, gesoffen, gedroschen.

Ein davon abweichendes Muster ist gekennzeichnet durch negative Stimmung bzw. vorhergehende frustrierende Erlebnisse (26%) und Alleinsein. Dieses Muster scheint ein eher individuelles Muster zu sein.

Eine wahrgenommene Provokation ist der am häufigsten genannte Auslöser für fremdenfeindliches aggressives Verhalten. Diese wahrgenommene Provokation wurde jedoch oft von den Straftätern selbst herausgefordert.

Diese Ergebnisse führen zu den Motiven, auf welchen das fremdenfeindliche, aggressive Verhalten basiert: die Präsentation von Stärke, Dominanz und Härte. Typische Muster legen den Schluss nahe, dass es sich bei den vorliegenden fremdenfeindlichen Gewalttätern um multipel kriminelle und in hohem Maße aggressionsgewöhnte und – bereite Jugendliche handelt. Eine gezielt politische Funktion von Gewalt tritt bei diesen Tätern eher hinter eine jugendkulturelle maskuline Stärkepräsentation zurück.

2.6 Politisches Handeln als komplexes Systemgeschehen

Extremismus und konstruktive politische Partizipation entwickeln und verändern sich in einem komplexen Zusammenspiel familiärer, schulischer und gesellschaftlicher Bedingungen, konkreter sozialer Gruppen und individueller Merkmale und Motive. Diese Bedingungsfaktoren beeinflussen sich gegenseitig und verändern sich dabei.

3. Stabilität und Veränderungen – Ausstiegsszenarien

Ausstieg aus Extremismus und Terrorismus (nach Preiser, 2008, S. 881): Zwischen 50 und 90% der Mitglieder so genannter "Jugend- oder Psychosekten" verlassen ihre Organisation innerhalb der ersten zwei Jahre wieder, und zwar durch freiwilligen Austritt, durch Ausschluss oder über einen von außen provozierten Ausstieg (vgl. Roderigo, 1994). Für terroristische Gruppierungen sind die Zahlen deutlich geringer; für die Linksterroristen der Jahre 1970 bis 1981 wurde eine Quote von 17% geschätzt (de Ahna, 1982). Die seinerzeit berichteten Befunde erscheinen jedoch nachvollziehbar und wurden deshalb bei den aktuellen EXIT-Programmen für rechtsextremistische Aussteiger berücksichtigt (vgl. hierzu Kohlstruck, Krüger & Krüger, 2009)

:

Ausstiegsbegünstigend: In mehr als der Hälfte aller Fälle war die drohende oder bereits erfolgte Festnahme Auslöser für den Ausstieg. Weitere Anlässe oder begünstigende Bedingungen waren: Aussicht auf Strafminderung, Hafterleichterung oder Einstiegshilfen in die Normalität, Wissen um Gemeinsamkeiten mit anderen Ausstiegswilligen, Unzufriedenheit mit der Gruppe und autoritären Strukturen, fehlende Integration in die Gruppe, Überschreiten individueller Toleranzen durch menschenverachtende Aktionen der Gruppe. "Einsicht" als innere Verarbeitung und Selbstreflexion sind allerdings nur bei Personen mit einem hohen kognitiven und moralischen Urteilsniveau zu erwarten. Als ausstiegshemmende Faktoren lassen sich benennen: Gruppenloyalität aufgrund einer erlebten "Schicksalsgemeinschaft", Lähmung der eigenen Handlungsfähigkeit aufgrund subjektiver Aussichtslosigkeit, Gegenmaßnahmen der Gruppe durch Moralisierung, Kontrolle oder Strafandrohung, negative Erwartungen an Strafverfahren und Inhaftierung.

Die Vielfalt der erwähnten Faktoren zeigt, dass der Ausstieg aus einer extremistischen Gruppe - ebenso wie die Entwicklung hin zu einer extremistischen Karriere - ein multifaktorieller Entwicklungsprozess ist, bei dem Motive und Ziele, deren subjektive Realisierungschancen, gruppenspezifische Prozesse, situative Auslöser und innere Verarbeitungsprozesse in komplexer Weise zusammenwirken. Auch bei einem radikalen Bruch mit dem bisherigen Lebenskontext versuchen Aussteiger vielfach, in öffentlichen Selbstdarstellungen eine kontinuierliche Identität zu demonstrieren. Es fällt schwer zuzugeben, dass eine längere Lebensphase eine Kette von Irrtümern war, dass man laufend gegen eigene Überzeugungen verstoßen hat oder dass man gar moralisch inakzeptable Wertvorstellungen vertreten hatte.

4. Konsequenzen: Förderung, Prävention und Intervention

Aus den obigen Erklärungsansätzen lassen sich gesellschaftspolitische Forderungen ableiten (nach Preiser, 2008, S. 882 f.): Angebote für gesellschaftliches Engagement sollten Eigenverantwortung der Jugendlichen erhalten, das Selbstbewusstsein fördern und Spaß machen. Es müssen Freiräume für Selbstbestimmung und Einflussmöglichkeiten erhalten bleiben; Menschen müssen das eigene Leben und ihre Umwelt mitgestalten können (Befriedigung der Kontrollmotivation; zu institutionalisierten Formen vgl. Pa-

lentien & Hurrelmann, 1997). Es muss Angebote für Orientierungen in Sinn-, Wert- und Zukunftsfragen geben, die nicht konfektioniert vorgegeben sind, sondern eigenverantwortlich angeeignet werden können, verbunden mit der Möglichkeit zum Erfahrung- und Meinungsaustausch unter Gleichaltrigen, zum Beispiel durch schulische, kirchliche und sonstige Angebote der offenen und der institutionellen Jugendarbeit (Berücksichtigung der Geborgenheitsmotivation). Weiterhin: "Jugendarbeit muss ... die Identitätsbildung und die Ich-Stabilisierung von Jugendlichen fördern. ... muss klare, parteiliche und damit glaubwürdige Orientierungen bieten ... muss Jugendlichen - stärker als bisher - realistische Handlungsräume eröffnen, in denen sie echte Partizipation erproben können ... muss erlebnisintensive Arbeitsformen fördern, die zugleich intensive Gruppenerfahrungen ermöglichen" (Klawe, 1990, S. 521-523). Jugendlichen mit extremen politischen Positionen sollten nicht ausgegrenzt werden, ihre Anliegen und Ängste müssen ernstgenommen werden (Kommunikation statt Marginalisierung).

Durch eine "akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen" (Heim et al., 1992), die auch provozierend extremistische Jugendliche ernstnimmt, ohne die eigenen Einstellungen zurückzuhalten, lassen sich Verhärtungen aufbrechen und differenzierende Entwicklungsprozesse in Gang setzen, wie mehrere Modellprojekte zeigen. Auch wenn sich die verbal geäußerten rechtsextremistischen Einstellungen nur geringfügig ändern, ergibt sich doch eine zunehmende Distanz zu Gewaltbereitschaft und Kriminalität; ähnliches wird auch als potentielle Wirkung von Gefängnisaufenthalt berichtet (Neumann & Frindte, 2002 c). Die Grundsätze einer akzeptierenden Arbeit entsprechen den Prinzipien der partnerorientierten Gesprächsführung: Akzeptanz, d.h. ernstnehmen und zuhören; Authentizität, d.h. klare eigene Positionen benennen und persönlich begründen. Eine ähnliche Wirkung könnte von den bisher nur sporadisch zustande gekommenen Dialogen von Politikern, Pfarrern und Wissenschaftlern mit gefangenen (Ex-)Terroristen ausgehen.

Der Ausstieg aus extremistischen Positionen und Gruppierungen wird erleichtert, wenn die Mitgliedschaft in extremistischen Gruppierungen keine positivere Perspektive für die Ziele und Motive der Jugendlichen bietet als die erwünschten Alternativen wie z.B. tolerante und gewaltfreie Aktionen. Mit dem Ausstieg muss eine positive Bilanz für die Lebensperspektive eröffnet werden. Es sollte vermieden werden, die persönliche und politische Identität der Betroffenen grundlegend infrage zu stellen; stattdessen sollte Kontinuität subjektiv erlebbar bleiben, auch wenn die eigenen Erfahrungen und Wertvorstellungen in einem veränderten Kontext völlig neu reflektiert und gedeutet werden.

Die eigenständige Erarbeitung politischer und religiöser Positionen als Bestandteil der Identitätsentwicklung im Jugendalter impliziert die Möglichkeit, extreme und nicht-konforme Haltungen und Grundsätze zu entwickeln. Nur ein intoleranter, dogmatischer und gewaltbereiter Extremismus erscheint aus politischer und aus pädagogischer Sicht inakzeptabel und fordert zum Schutze der Gesellschaft und zwecks Unterstützung der Identitätsentwicklung präventive und sozialpädagogische Gegenmaßnahmen heraus (Nach Preiser, 2008, S. 883).

Da politische Gewaltbereitschaft auf allgemeine Gewaltbereitschaft zurückgeht, muss die politik-unspezifische Prävention jedoch bereits in frühester Kindheit und sogar schon mittels Elternarbeit während der Schwangerschaft beginnen (vgl. Rieker, 2009; Sann, 2009). In einer Analyse erfolversprechender Präventionsprogramme kommen

Scheithauer, Rosenbach und Niebank (2008) zu dem Schluss, dass wirksame universelle Maßnahmen zur Förderung emotionaler und sozialer Kompetenzen für Risikokinder gewaltpräventiv sind und für alle anderen Teilnehmenden ebenfalls positive Effekte aufweisen. Universelle Maßnahmen für alle Eltern und Kinder vermeiden Stigmatisierungseffekte. Diese allgemeinen Angebote müssen allerdings durch selektive Präventionsmaßnahmen für Risikogruppen und durch individuelle Interventionen bei bereits gewalttätigen Kindern und Jugendlichen ergänzt werden.

5. Anforderungen an erfolgversprechende Programme der Prävention und Intervention - Prüfkriterien

Die Sektion Politische Psychologie im Berufsverband Deutscher Psychologinnen und Psychologen hat einen Kriterienkatalog erarbeitet, anhand dessen Präventions- und Interventionsprogramme daraufhin geprüft werden können, ob sie fachgerecht und erfolgversprechend konzipiert und ggf. evaluiert sind. Ein Expertenbeirat zur Prävention von Gewalt, Rechtsextremismus und interkulturellen Konflikten (Koordinator: Siegfried Preiser) unterstützt die Aktualisierung des Kriterienkatalogs und dessen Anwendung bei Begutachtung und Zertifizierung von Programmangeboten. Die Themen der Checkliste (ausführliche Kriterienliste siehe Preiser, 2009; Preiser & Wermuth, 2009; www.bdp-politische.de/aktuell/qualitaetskriterien.html; vgl. auch www.beccaria.de/nano.cms/de/Beccaria_Standards):

1. Zielklärung: Konkrete Präventions- und Interventionsziele sind zu benennen und zu begründen. Der Handlungsbedarf muss aus der Feststellung eines unbefriedigenden Ausgangszustandes und der Formulierung eines wünschenswerten Zielzustandes abgeleitet werden. Es muss geklärt werden, was konkret verändert werden soll (z.B. Wissen, Einstellungen, soziale Kompetenzen) und anhand welcher Kriterien diese Veränderungen überprüft werden sollen.
2. Zielgruppe: Die Zielgruppe muss beschrieben werden; der spezifische Bedarf ist zu begründen. Überlegungen zur Erreichbarkeit und Teilnahmemotivation, zu Vorkenntnissen und zu Teilnahmehindernissen sollten explizit formuliert werden.
3. Theoretische Grundlagen: Theoretische Annahmen über die Bedingungen der Problemstellung und möglicher Veränderungen sind zu berücksichtigen.
4. Maßnahmenbeschreibung: Die konkreten Methoden der Intervention, die einzusetzenden Medien und die organisatorischen Rahmenbedingungen sind zu beschreiben und hinsichtlich der zu erwartenden Wirkungen zu begründen. Es sollte erläutert werden, wie die Akzeptanz der Maßnahme und die Teilnehmermotivation sichergestellt wird.
5. Fachliche und didaktische Kompetenzen: Die erforderlichen Kompetenzen der Durchführenden (z.B. Trainerinnen und Trainer) sind zu benennen.
6. Evaluation und Qualitätssicherung: Systematische Maßnahmen der Qualitätssicherung sind vorzusehen. Eine formative Evaluation muss in die Programmentwicklung, -anwendung und -optimierung integriert werden. Vorschläge für eine summative Wirkungsevaluation sollten gemacht werden. Der Verlauf des Projektes und die Evaluationsergebnisse sind zu dokumentieren, Schlussfolgerungen für die weitere Arbeit sollten abgeleitet werden.

7. Preis-Leistungs-Verhältnis (Effizienz): Die Kosten und Nebenkosten sind zu kalkulieren. Der erwartete Nutzen ist nach Möglichkeit zu quantifizieren. Potentielle positive und negative Nebeneffekte sollten berücksichtigt werden.

Resümee

Politische Sozialisation ist ein Prozess lebenslanger aktiver Erarbeitung politischer Haltungen und Kompetenzen, der schwerpunktmäßig im Jugendalter beginnt. Politisches Interesse, Politikverdrossenheit, Engagement und Extremismus sind kurzfristigen zeitgeschichtlichen Schwankungen unterworfen. Nur im Zusammenspiel verschiedener theoretischer Ansätze lassen sich individuelle und kollektive Entwicklungsprozesse erklären. In der subjektiven Perspektive werden sowohl lebensgeschichtliche Brüche als auch Stabilitäten als Kontinuität interpretiert und in die persönliche Identität integriert. Theoretisch begründete Prävention und Intervention soll dazu beitragen, kompetente Partizipation zu fördern, gewaltbereiten Extremismus zurückzudrängen und politische Sozialisation als Bestandteil der Identitätsentwicklung zu ermöglichen. Die Prävention von politischer Gewaltbereitschaft muss – da sie auf allgemeine Gewaltbereitschaft zurückgeht – in frühester Kindheit und mittels Elternarbeit beginnen.

Literatur:

- de Ahna, K. (1982). Wege zum Ausstieg. Fördernde und hemmende Bedingungen. In Bundesministerium des Innern (Hrsg.), *Analysen zum Terrorismus, Bd. 3. Gruppenprozesse* (S. 477-525). Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Fend, H. (2000). *Entwicklungspsychologie des Jugendalters*. Opladen: Leske + Budrich.
- Frindte, W. & Preiser, S. (2007). Präventionsansätze gegen Rechtsextremismus. *Aus Politik und Zeitgeschichte, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament 11/2007*, 32-38 (12. März 2007).
- Heim, G., Krafeld, F.J., Lutzebäck, E., Schaar, G., Storm, C. & Welp, W. (Hrsg.). (1992). *Akzeptierende Jugendarbeit mit rechten Jugendcliquen*. Bremen: Steintor.
- Heitmeyer, W., Buhse, H., Liebe-Freund, J., Möller, K., Müller, J., Ritz, H., Siller, G. & Vossen, J. (1992). *Die Bielefelder Rechtsextremismus-Studie. Erste Langzeituntersuchung zur politischen Sozialisation männlicher Jugendlicher*. Weinheim: Juventa.
- Klawe, W. (1990). Die hilflose Suche nach einfachen Weltbildern. Rechtsextreme Orientierungen Jugendlicher und angemessene pädagogische Konzepte. *Unsere Jugend*, 42, 513-524.

- Kohlstruck, M., Krüger, D. & Krüger, K. (2009). *Was tun gegen rechte Gewalt? Forschungsbericht der Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus am Zenbtrum für Antisemitismusforschung an der TU Berlin*. Berlin: Landeskommission Berlin gegen Gewalt.
- Neumann, J. & Frindte, W. (2002 a). Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. In W. Frindte & J. Neumann (Hrsg.). *Fremdenfeindliche Gewalttäter: Biografien und Tatverläufe* (S. 77-83). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Neumann, J. & Frindte, W. (2002 b). Analyse von Taten fremdenfeindlicher Gewalttäter. In W. Frindte & J. Neumann (Hrsg.). *Fremdenfeindliche Gewalttäter: Biografien und Tatverläufe* (S. 85-113). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Neumann, J. & Frindte, W. (2002 c). Der biografische Verlauf als Wechselspiel von Ressourcenerweiterung und -einengung. In W. Frindte & J. Neumann (Hrsg.). *Fremdenfeindliche Gewalttäter: Biografien und Tatverläufe* (S. 115-153). Wiesbaden: Westdeutscher Verlag.
- Oesterreich, D. (1993). *Autoritäre Persönlichkeit und Gesellschaftsordnung. Der Stellenwert psychischer Faktoren für politische Einstellungen - eine empirische Untersuchung von Jugendlichen in Ost und West*. Weinheim: Juventa.
- Palentien, Ch. & Hurrelmann, K. (Hrsg.). (1997). *Jugend und Politik. Ein Handbuch für Forschung, Lehre und Praxis*. Neuwied: Luchterhand.
- Preiser, S. (1990). Die Bedeutung von Kontroll- und Geborgenheitsmotiven für politikorientierte Problembewältigungsstrategien. In H.-U. Kohr, M. Martini & A. Kohr (Hrsg.), *Macht und Bewußtsein. Europäische Beiträge zur Politischen Psychologie. Fortschritte der Politischen Psychologie, Bd. 10* (S. 151-159). Weinheim: Deutscher Studien Verlag.
- Preiser, S. (1993). Kontrolle, Geborgenheit und Gewalt. Motivationale und gesellschaftliche Bedingungen von Gewaltbereitschaft und Gewaltakzeptanz. In W. Kempf, W. Frindte, G. Sommer & M. Spreiter (Hrsg.), *Gewaltfreie Konfliktlösungen. Interdisziplinäre Beiträge zu Theorie und Praxis friedlicher Konfliktbearbeitung* (S. 121-132). Heidelberg: Asanger.
- Preiser, S. (2008). Jugend und Politik: Anpassung – Partizipation – Extremismus. In R. Oerter & L. Montada (Hrsg.), *Entwicklungspsychologie* (6., vollständig überarb. Aufl., S. 874-884). Weinheim: Beltz.
- Preiser, S. (2009). Qualitätskriterien für Präventionsprogramme gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit. Ein Projekt der Sektion Politische Psychologie. *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 3+4/06, 301-311.
- Preiser, S. & Sann, U. (2008). Gewalt- und Konfliktprävention: Evaluationsstudien und Anforderungen an Qualitätssicherung. In A. Schröder, H. Rademacher & A.

Merkle (Hrsg.), *Handbuch Konflikt- und Gewaltpädagogik: Verfahren für Schule und Jugendhilfe* (S. 329-340). Schwalbach/Ts.: Wochenschau Verlag.

Preiser, S. & Wermuth, S. (2009). Qualitätskontrolle von Qualitätsbeurteilungen – Die Analyse von Expertenübereinstimmungen. *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 3+4/06, 423-434.

Rieker, P. (2009). Frühe Prävention von Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit – Praxis und Evaluation. *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 3+4/06, 351-365.

Roderigo, B. (1994). Der Ausstieg aus einer Sekte - Strategien zur Problembewältigung: Beratung und Therapie. *Report Psychologie*, 19 (Heft 4), 42-47.

Sann, U. (2009). Frühe Prävention im Kontext der Familie: Befunde und Probleme bei der Evaluation von Fördermaßnahmen im Vorschulbereich. *Zeitschrift für Politische Psychologie*, 3+4/06, 331-349.

Scheithauer, H., Rosenbach, C. & Niebank, K (2008). *Gelingensbedingungen für die Prävention von interpersonaler Gewalt im Kindes- und Jugendalter. Expertise zur Vorlage bei der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)*. Bonn: der Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (Abrufbar auch unter www.kriminalpraevention.de).

Schweer, M. K. W. (Hrsg.). (2003). *Die Neue Rechte: Eine Herausforderung für Forschung und Praxis*. Frankfurt am Main: Lang.

Sidanius, J. & Lau, R.R. (1989). Political sophistication and political deviance: A matter of context. *Political Psychology*, 10, 85-109.

Wahl, K. (Hrsg.) (2003). *Skinheads, Neonazis, Mitläufer. Täterstudien und Prävention*. Opladen: Leske + Budrich.